

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

auf Annahme einer EntschlieÙung

Berlin braucht einen Neuanfang

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der angekündigte Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit ist ein Einschnitt. Klaus Wowereit hinterlässt nach 13 Jahren Amtszeit eine Stadt im Umbruch. Wir haben Respekt vor seiner politischen Lebensleistung und seinen Verdiensten um Berlin. Gleichzeitig hinterlässt Klaus Wowereit aber auch ein schweres politisches Erbe.

Wir sehen mit großer Sorge, dass zentrale Themen wie die Fertigstellung des BER oder die Zukunft des Länderfinanzausgleichs von diesem Berliner Senat nicht mehr bewältigt werden können. Wir befürchten einen Schaden für unsere Stadt, wenn die Hängepartie dieser Regierung weiter andauert.

Die Regierungspolitik von SPD und CDU steckt nicht erst mit dem Rücktritt Klaus Wowereits in einer Krise. Politisch ist der Senat gelähmt, Personalquerelen und Rechtsstreitigkeiten machen ihn handlungsunfähig. SPD und CDU haben keine gemeinsame Idee von unserer Stadt, allein der Machterhalt hält diese Regierung noch zusammen. Wichtige Herausforderungen und Probleme bleiben liegen, weil der rot-schwarze Senat keine Konzepte und Perspektiven entwickelt oder sich in Kompetenzstreitigkeiten verliert.

Ein Neuanfang ist zwingend notwendig. Dieser Neuanfang muss demokratisch legitimiert sein. Der Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters bietet die Chance, neu zu bestimmen, welche Weichen in den nächsten Jahren in Berlin gestellt werden müssen. Alle Berline-

rinnen und Berliner müssen die Möglichkeit bekommen, durch eine Neuwahl die zukünftige Politik des neuen Regierenden Bürgermeisters mitzuentcheiden.

Unsere Stadt braucht eine handlungsfähige Regierung und keine rot-schwarze Lähmung, um sich folgender Herausforderungen kraftvoll anzunehmen:

- Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt so zu gestalten, dass alle Berlinerinnen und Berliner heute und auch noch in zehn Jahren davon profitieren.
- Die soziale Spaltung der Stadt zu verhindern, indem der Senat den Schutz der Mieterinnen und Mieter und die Bereitstellung neuen Wohnraums konsequent angeht.
- Die städtische Infrastruktur unserer Stadt nicht weiter auf Verschleiß zu fahren. Der Sanierungsstau an Hochschulen, Schulen, Kitas, Straßen, Brücken, Schwimmbädern und Krankenhäusern muss aufgelöst werden. Das Nichtstun beeinträchtigt alle Berlinerinnen und Berliner und schadet der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt.
- Berlin als weltoffene Metropole in einem vielfältigen Europa zu stärken. Dazu gehört eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik genauso wie die humanitäre Verantwortung Menschen gegenüber, die vor Krieg und Unterdrückung geflüchtet sind.
- Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt als nachhaltige Metropole mit einem Stadtwerk, das einen echten Beitrag zur Energiewende leistet, zu sichern. Dazu gehört auch, bei der Konzessionsvergabe des Gas- und des Stromnetzes eine gemeinsame Position zu vertreten, damit alle Akteure und Betroffenen Rechtssicherheit haben.
- Kitas und Schulen so auszustatten, damit sie sich der Herausforderung stellen können, allen Kindern unabhängig vom sozialen Hintergrund beste Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen.
- Unsere Stadt vor dem drohenden Kollaps des öffentlichen Dienstes zu bewahren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Berlin und in den Bezirken eine verlässliche Perspektive, eine angemessene Bezahlung und die Wertschätzung zu bieten, die sie verdienen.
- Eine neue politische Kultur der Beteiligung aller Berlinerinnen und Berliner an wegweisenden Entscheidungen auf den Weg zu bringen.

Berlin, den 16. September 2014

Pop Kapek
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke